



Rundschreiben 397/2023

- Mitglieder des **Verfassungs- und Europaausschusses**
- **Landesverbände**

des Deutschen Landkreistages

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 030 590097-300
Fax: 030 590097-400

E-Mail: Kay.Ruge@
Landkreistag.de

AZ: II

Datum: 6.7.2023

Sekretariat: Iris Fischer

Positionspapier des Deutschen Landkreistages zur Begrenzung und Steuerung der Fluchtmigration

Bezugsrundschreiben Nr. 353/2023 vom 16.6.2023, 234/2023 vom 19.4.2023 und 277/2023 vom 11.5.2023

Zusammenfassung

Im Vorfeld des am 7.7.2023 vorgesehenen Austausches der kommunalen Spitzenverbände mit dem Bundeskanzler hat der Deutsche Landkreistag ein aktuelles Forderungspapier zur Begrenzung und Steuerung der Fluchtmigration vorgelegt.

Nachdem im Rahmen der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer Anfang Mai sowie in einer weiteren Besprechung Mitte Juni zur Flüchtlingspolitik eine kommunale Einbindung nicht stattgefunden hat (dazu Bezugsrundschreiben Nr. 277/2023), findet nunmehr am 7.7.2023 ein Gespräch des Bundeskanzlers mit den kommunalen Spitzenverbänden statt. Eines der dort zu behandelnden Themen wird auch die Flüchtlingsfrage sowie die Finanzierung der diesbezüglichen Lasten sein. Der Deutsche Landkreistag hatte diese Fragestellungen zuletzt in seiner Präsidiumssitzung Mitte Mai im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte erörtert und folgenden Beschluss gefasst:

- 1. Das Präsidium des Deutschen Landkreistages stellt erneut fest, dass die Landkreise angesichts der hohen Zahl von Kriegsvertriebenen aus der Ukraine und von Schutzsuchenden aus anderen Ländern die Belastungsgrenze erreicht haben. Das gilt mit Blick auf die Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum, aber auch auf die Bereitstellung von Plätzen in der Kinderbetreuung und in der Schule sowie in Bezug auf die Gewährleistung der medizinischen Versorgung und die Vermittlung in Sprachkurse. Eine Integration der Geflüchteten ist angesichts der erschöpften Kapazitäten so nicht mehr zu gewährleisten.*
- 2. Angesichts dessen betont das Präsidium die Notwendigkeit einer unmittelbar wirksamen Begrenzung des Zustroms von Asylsuchenden nach Deutschland. Es bedarf deshalb einer Ausweitung der Grenzkontrollen und der seitens der Bundesinnenministerin angeregten Einreisezentren, aus denen heraus Nichtbleibeberechtigte unmittelbar zurückgeführt werden. Zu einer Begrenzung zählen auch verpflichtende Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen und die Sicherung derselben. Hinzukommen muss eine verbesserte*

Verteilung der Flüchtlinge in Europa sowie eine konsequente Beachtung der Dublin-Kriterien. Die Reform des Gemeinsamen Europäische Asylsystems muss zeitnah abgeschlossen werden.

- 3. Das Präsidium fordert Bund und Länder auf, die jüngst beschlossenen Rechtsänderungen zur erleichterten Rückführung zeitnah umzusetzen. Ergänzend bedarf es einer Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten.*
- 4. Das Präsidium spricht sich für eine europaweite Harmonisierung von Integrations- und Sozialleistungen aus, die gemessen an den Lebens- und Sozialstandards der jeweiligen Mitgliedsstaaten gleichwertig sein sollten. Das hohe Niveau sozialer Leistungen macht Deutschland als Zielland für Flüchtlinge besonders attraktiv und fördert eine ungleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union.*

Diese Forderungen sind in dem als **Anlage** beigefügten Positionspapier nochmals verdeutlicht worden. Das Papier beschreibt einleitend die aktuelle Situation der Zuwanderung mit mehr als 125.000 Zuwanderern aus Afghanistan, Syrien und der Türkei allein in den ersten fünf Monaten diesen Jahres und den mittlerweile erschöpften Kapazitäten im Bereich der Unterbringung und Versorgung mit Kinderbetreuungs- und Schulplätzen, unter denen eine gelingende Integration nicht möglich ist.

Angesichts dessen fordert der Deutsche Landkreistag Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Fluchtmigration wie beispielsweise einen wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen und die Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 9.6.2023 (Bezugsrundschriften Nr. 353/2023). Gefordert wird zudem eine Überprüfung des subsidiären Schutzes als Aufenthaltstitel sowie eine Harmonisierung der Sozialleistungen für Flüchtlinge auf europäischer Ebene. Ferner wird die Beendigung der Aufnahme im Rahmen freiwilliger Programme des Bundes ebenso thematisiert wie die seit langem bekannten Forderungen zur finanziellen Entlastung der Landkreise, insbesondere die auf Dauer angelegte vollständige Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft durch den Bund.

In Vertretung

Dr. Ruge

Anlage